

COMMUNIQUÉ

Abstimmung zum avanti-Gegenentwurf: Volk und Stände sagen nein

Kein einziges Problem gelöst

Der Schweizerische Strassenverkehrsverband FRS ist sehr enttäuscht über das Nein von Volk und Ständen zum avanti-Gegenentwurf. Leider haben die polemischen und unwahren Argumente der Gegner verfangen. Den Befürwortern ist es offenbar zu wenig gelungen, den Souverän von der sachlichen Richtigkeit der vernünftigen Vorlage zu überzeugen. Damit bleibt zwar alles beim Alten, die Verkehrsprobleme werden aber auch in Zukunft nicht kleiner, sondern grösser. Dieses Nein zu einer Mobilität nach Mass kommt deshalb einem verkehrspolitischen Scherbenhaufen gleich.

Die Gegner des Gegenentwurfs zur avanti-Initiative werden heute zwar jubeln; mit der infamen Unterstellung, der avanti-Gegenentwurf sei ein „Bschiss“ gewesen, lösen sie jedoch kein einziges der drängenden Verkehrsprobleme, welche die Schweiz heute plagen und welche in Zukunft noch auf unser Land zukommen werden. Mit dem alleinigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist diesen Problemen jedenfalls nicht beizukommen.

Der heutige Entscheid ist geprägt von Zukunfts- und Untergangsängsten bzw. von Schreckensszenarien, welche die Gegner schon immer geschürt bzw. an die Wand gemalt und mit ihrer an Demagogie grenzenden Kontra-Kampagne unter die Leute gebracht haben. Sollten sie dieses Niveau beibehalten und weiterhin dermassen starr in ihrer fundamentalistischen Ecke verharren, wird es in der Schweiz künftig unmöglich sein, gemeinsame und tragfähige Lösungen in der Verkehrspolitik zu finden.

Dem Schweizerischen Strassenverkehrsverband FRS – Dachorganisation der Automobilwirtschaft und des privaten Strassenverkehrs mit rund 40 Verbänden aus der Automobil- und Strassenwirtschaft sowie aus den zahlreichen helvetischen Strassenbenützer- und Fahrlehrerorganisationen – ist die verkehrspolitische Zukunft der Schweiz alles andere als egal. Darum wird sich der Strassenverkehrsverband FRS auch fortan mit vollem Engagement im Interesse der Schweizer Bevölkerung und Wirtschaft dafür einsetzen, die leide Situation auf den Hochleistungsstrassen in und zwischen den wirtschaftlichen Zentren zu verbessern.

Die Ablehnung des vernünftigen avanti-Gegenentwurfs bedeutet für den Strassenverkehrsverband FRS insbesondere, dass

- das 1960 (!) von der Bundesversammlung beschlossene Nationalstrassennetz nun so rasch als möglich fertig gestellt und punktuell ausgebessert werden muss;
- die zweckgebundenen Strassengelder gemäss heutiger Verfassung und geltendem Gesetz strikte für Aufgaben des Strassenwesens – auch in Agglomerationen – eingesetzt werden sollen;
- die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in den Agglomerationen (z.B. Tram Bern West) in erster Linie von den betroffenen Gemeinden und Kantonen ohne die massgebliche Beteiligung des Bundes erfolgen muss.

Bern, den 8. Februar 2004